



**"Die Linke hat keine Heimat."**



## **Beschluss der 33. Landeskonferenz am 9. April 2022 in Ulm**

### **Gegen den Krieg in der Ukraine**

Russland führt in der Ukraine einen Angriffskrieg, den wir aufs Schärfste verurteilen. Wir solidarisieren uns mit der russischen Friedensbewegung und den Menschen in der Ukraine. Die Antwort des ukrainischen Staates, auf diesen Angriffskrieg, ist es alle Männer zwischen 18 und 60 für die Armee zwangszuverpflichten und ihnen die Ausreise aus dem Land zu untersagen. Auch diese Praxis Menschen für territoriale Interessen eines Staates in den Tod zu schicken lehnen wir ab.

Immer wenn es Krieg gibt, dann haben wir Kinder, Jugendliche und Arbeiter:innen nichts zu gewinnen, sondern nur viel zu verlieren. Immer wenn es Krieg gibt, werden unschuldige Menschen leiden und sterben, so wie es in jedem Krieg ist.

Krieg ist die gewaltvolle Durchsetzung der kapitalistischen und imperialistischen Interessen des Staates - Krieg liegt nie im Interesse der Menschen! Deshalb sind wir gegen den Krieg!

Aber wie dem Krieg entgegentreten? Als Verband in der Tradition von Liebknecht und Luxemburg ist uns klar, dass die Politik der Banken und Konzerne nicht unsere Politik sein kann, denn diese bewerten Krieg und Frieden nach den zu erwartenden Profiten. Wir dagegen stehen auf der Seite der Arbeiter:innenklasse und sind konsequent gegen jede militärische und wirtschaftliche Aggression und Aufrüstung der BRD – alleine oder als Teil der NATO – egal mit welchen hochtrabenden, moralischen Zielen sie auch begründet wird.

Dabei geht es nicht nur um den jetzigen Krieg, sondern mit der beschlossenen Aufrüstung auch um jeden Nächsten. Die nationalistische Mobilmachung zur militärischen Aufrüstung und die Kriegstreiberei halten wir für brandgefährlich. Auch beobachten wir mit Bestürzung den sich in diesem Klima schnell entwickelnden europäischen Nationalismus. Für uns ist klar: Auch eine europäische Armee steht nicht in unserem Interesse sondern im Interesse kapitalistischer Nationalstaaten.

Die Militarisierung wirkt nicht nur nach außen, sondern auch nach innen. Als internationalistische Sozialist\*innen und als Arbeiter\*innen haben wir davon nichts zu erwarten. Vielmehr müssen wir ein neues Ausmaß an Repressionen fürchten, wenn militärische Großmächte und Bündnisse unter dem Deckmantel der Freiheit alle, die imperialistische Interessen nicht mittragen, mundtot machen.

Die nationalistische Kräfteverschiebung ermöglicht den Rückfall hinter bereits Erreichtes. Bereiche wie Sozialpolitik und Ökologie werden bereitwillig den vermeintlichen Erfordernissen des Krieges untergeordnet.

Als Landesverband stellen wir uns voll und ganz hinter die bisherige, antimilitaristische Linie des Bundesverbands.

# **"Die Linke hat keine Heimat."**

Die Profiteure des staatlich verordneten Mordens sitzen auch in Baden-Württemberg. An über 70 Standorten ([https://www.imi-online.de/download/Rueatlas\\_BaWue\\_2017.pdf](https://www.imi-online.de/download/Rueatlas_BaWue_2017.pdf)) im ganzen Land verteilt werben Unternehmen mit einem militärischen Produktportfolio. Das hier quasi unbemerkt von der Öffentlichkeit vor unserer Haustür mit dem Krieg Profit gemacht wird ist ein Zustand, den wir nicht hinnehmen können und wollen. Wir fordern die Enteignung der Rüstungskonzerne und die Nutzung der Produktionsmittel zu zivilen Zwecken. Im ersten Schritt wollen wir die Aufmerksamkeit auf die Profiteur\*innen der Aufrüstung in Baden-Württemberg lenken.

Millionen Menschen versuchen derzeit, sich vor der immer weiter eskalierenden Gewalt im Ausland in Sicherheit zu bringen. Wir fordern die bedingungslose Aufnahme dieser Menschen und zeigen uns solidarisch mit allen Geflüchteten. Wir fordern eine menschenwürdige Unterbringung und verurteilen die aktuelle Praxis, die Unterbringung der Menschen privat und unkontrolliert dem "freien Markt" zu überlassen.

Das heißt für uns - jetzt und in Zukunft:

Wir fordern die Einhaltung der Kinderrechte, im Besonderen das Recht auf Schutz vor Krieg und auf der Flucht

- Wir treten gegen die Militarisierung der BRD ein, sei es im Inneren die Hochrüstung der Polizei oder nach außen mit militärischen Manövern und Einsätzen!

- Deshalb sind wir gegen das Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr!

- Die Ausgaben von jährlich mindestens 70 Milliarden Euro, die aus der "Übertreffung" des 2%-Ziels der NATO, für die Bundeswehr folgen, lehnen wir ebenso ab.

- Wir sind gegen bundesdeutsche Militärexpeditionen unter dem Deckmantel der angeblichen Sicherung von Menschenrechten!

- Wir sind gegen den aufkommenden europäischen Nationalismus! Wir sind gegen die Schaffung einer europäischen Armee!

- Wir fordern politisches Asyl für Deserteur\*innen aller Kriegsparteien. Niemand darf daran gehindert werden, zu fliehen!

- Wir sind gegen bundesdeutsche Waffenexporte!

- Wir solidarisieren uns mit allen Arbeiter\*innen der Rüstungsindustrie, die die Waffenherstellung und Waffenlieferung bestreiken.

- Wir wollen keine Bundeswehr an Schulen, Unis und auf Berufsmessen!

- Vielmehr wollen wir gar keine Bundeswehr mehr

- Wir fordern, dass das Geld aus dem Rüstungsetat stattdessen für Kinder und Jugendliche eingesetzt wird!

Wir wollen uns nicht auf das bloße Verkünden politischer Forderungen beschränken, sondern aktiv vor Ort der Militarisierung entgegenreten. Darum setzen wir in unserer Arbeit vor Ort Folgendes konkret um:

- Der Landesvorstand erarbeitet gemeinsam mit interessierten Genossinnen und Genossen aus den Ortsgruppen Materialien und Argumentationshilfen, die sich gegen Militarismus, Aufrüstung und eine aggressive Außenpolitik der BRD wenden. Landesverband und Ortsgruppen beteiligen sich aktiv an deren Verbreitung.